

Resolution

der Delegierten-Vollversammlung der AGABY

„Stärkung der Migrantenvertretungen in Bayern“

**Demokratisch legitimierte Migrantenvertretungen sind unverzichtbar!
Sie sind wichtige Bausteine in einer demokratischen Gesellschaft und Voraussetzung für eine gelingende Integration.
Sie sollen flächendeckend eingerichtet und arbeitsfähig ausgestattet werden.**

Die Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns fordern:

- **die Anerkennung der AGABY als Interessenvertretung der kommunalen Ausländer- Migranten- und Integrationsbeiräte auf Landesebene;**
- **die flächendeckende Einrichtung kommunaler Migrantenvertretungen und ihre gesetzliche Verankerung in der bayerischen Gemeindeordnung;**
- **die Stärkung vorhandener Beiräte durch bessere Arbeitsbedingungen und erweiterte Kompetenzen.**

Die Ausländerbeiräte begleiten seit über 35 Jahren die Migrations- und Integrationsprozesse in Bayern. Aufgrund fehlender gesetzlicher Verankerung war ihre Einrichtung in Bayern als freiwillige Leistung der Kommunen stets abhängig vor allem von der Einsicht der kommunalen Entscheidungsträger in die Notwendigkeit der Partizipation und zum Teil auch von politischen Mehrheiten. Die Städte, die früh diesen Weg gegangen sind, die Beiräte eingerichtet und deren Arbeitsfähigkeit sichergestellt haben, profitieren in mehrfacher Hinsicht von deren Existenz. Sie haben einen legitimierten nationalitäten-, ethnien- und religionenübergreifenden sowie in der Kommune eingebundenen Dialogpartner auf der Seite der Migranten. Die Migranten können ihre Kompetenzen, ihre Sicht und ihre Erfahrungen sowie ihre Kontakte in die Netzwerke und Kommunikationsstrukturen der Migranten für die Gestaltung der Integration nutzen. Sie vermitteln zwischen den verschiedenen Ethnien, Kulturen und Religionen, machen Gemeinsamkeiten sichtbar und vermitteln in Konfliktfällen.

Darüber hinaus waren und sind die Beiräte aber auch ein wichtiger Beitrag für eine demokratische Kultur, die die Partizipation und Interessenvertretung der Migranten als wichtige Voraussetzung für eine gelingende Integration ernst nimmt und sie nicht nur von oben herab durch Fachgremien regeln will.

Mit der gewachsenen Aufmerksamkeit und Bedeutung, die das Thema Integration in den Kommunen und Verwaltungen erfahren hat und weiterhin erfährt, sind auch die Anforderungen an die Beiräte gewachsen. Dies jedoch ohne dass ihre Arbeitsbedingungen und Entscheidungskompetenzen entsprechend erweitert worden wären. Dies hat zum Teil zu Frustrationen und zur Schwächung der Beiräte geführt. In den letzten Jahren wird deshalb auf unterschiedlichen Wegen nach Lösungen gesucht. So ist es uns zum Teil gelungen, engagierte Migranten mit Erfahrung und Fachwissen für die Beiratsarbeit zu behalten bzw. zu gewinnen. Zudem wollen wir gemeinsame Interessen und Probleme von Menschen mit

Migrationshintergrund – da diese nicht nur von ihrem rechtlichen Status abhängen – weiterhin gemeinsam vertreten und Synergieeffekte nutzen. In diese Richtung weisen auch unsere Überlegungen, Aussiedler ebenfalls in die Arbeit der Beiräte mit einzubeziehen. Namensänderungen der Beiräte sind in diesem Zusammenhang nur konsequent. Wir vertreten alle Migrant/innen in Bayern, v.a. die Drittstaatsangehörigen, die aufgrund ihres besonders benachteiligten Rechtsstatus die wichtigste Gruppe in den Beiräten bleiben werden.

Wir setzen uns ein für die Gestaltung einer pluralen und demokratischen Gesellschaft, in der Unterschiede auf Grund ethnischer und kultureller Herkunft nicht zu Diskriminierungen führen und Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gleichberechtigt leben. Wir beschäftigen uns mit Diskriminierung, Integrationsbarrieren und Integrationsstrategien aus Sicht der Migranten selbst, entwickeln Lösungen, initiieren Dialoge und beteiligen uns an solchen. Wir aktivieren das Potenzial der Migranten und bauen Brücken. Diese Funktionen kann weder ein Fachgremium noch ein beliebig berufenes Gremium leisten.

Wir lehnen die Abschaffung der Wahlen ab. Die niedrigen Wahlbeteiligungen haben unterschiedliche Gründe: Enttäuschung über fehlende Entscheidungskompetenzen des Beirates, fehlende Unterstützung durch die Verwaltung und unzureichende hauptamtliche Zuarbeit für die ehrenamtlichen Beiräte, Individualisierungsprozesse unter der Migrantenbevölkerung ebenso wie schwierige Wahlkampfbedingungen. Die bisher diskutierten Alternativen, eine Berufung durch den Stadtrat oder eine Delegation durch Vereine stellen allerdings einen erheblichen Rückschritt dar. Damit werden einzelne Migranten willkürlich und ohne jegliche Legitimation durch die Migrantenbevölkerung von einzelnen Stadtratsmitgliedern zu Vertreter/innen der Migranten erklärt! Die Legitimation und Akzeptanz dieser ernannten Personen bei der Migrantenbevölkerung ist mehr als fragwürdig. Dieses Verfahren führt zu einer politischen Abhängigkeit der Migranten von den Stadtratsfraktionen und „bricht“ ihnen das politische Rückgrat für eine unabhängige und ehrliche Vertretung der Interessen von Migranten. Da nur ein kleiner Teil vor allem größerer ethnischer und religiöser Gruppen in Vereinen organisiert ist, würde das Delegationsprinzip vor allem dazu führen, dass die Zusammensetzung der Migrantenbevölkerung mit ihrer ethnischen, kulturellen, sozialen und religiösen Vielfalt kaum abgebildet werden könnte. Gerade das hat sich nach den Erfahrungen der letzten Jahre aber als sehr wichtig und fruchtbar erwiesen.

Eine moderne Integrationspolitik kann auf die Partizipation der Migranten und auf entsprechende Beteiligungsstrukturen auf kommunaler und Landesebene nicht verzichten. Erfolgreiche Integration ist vielmehr auf eine Ausweitung und Förderung der Beteiligung von Migranten in den Integrationsprozessen sowie auf die Förderung ihres Vertrauens in demokratische Strukturen angewiesen. Dies kann nicht länger als „freiwillige Aufgabe“ der Kommunen und des Landes definiert werden. Vor allem in Zeiten knapper Kassen wird Integrationspolitik in den Kommunen so wohl kaum die angemessene Priorität erfahren. Ausländerbeiräte engagieren sich seit Jahren für eine erfolgreiche Integrationspolitik. Hierzu sind jedoch bessere Arbeitsbedingungen, d. h. eine funktionierende Geschäftsstelle und die professionelle Unterstützung der ehrenamtlichen Beiräte, die Unterstützung der inhaltlichen Arbeit der Beiräte durch die Verwaltung und durch Fortbildungen sowie insbesondere die Erweiterung der Einflussmöglichkeiten der Beiräte notwendig. Dies würde die Arbeit der Beiräte und der AGABY effizienter machen und zu einer höheren Akzeptanz sowohl bei Migranten als auch bei deutschen Akteuren im Integrationsbereich führen.

Lindau (Bodensee), 25. April 2009